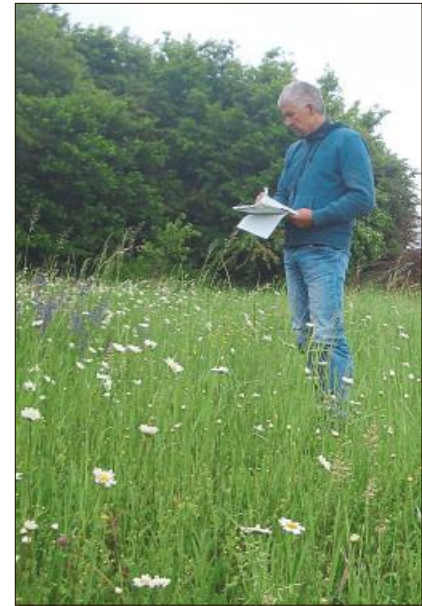


Note mangelhaft für Ausgleichsflächen

Studie der LBV-Kreisgruppe belegt ökologische Mängel – Meldepflicht wird oft ignoriert



Entlang der B11 ist das Gewerbegebiet Eching-Weixerau in den vergangenen Jahren immens gewachsen. Mangels Datenermittlung im Ökoflächenkataster war eine Untersuchung der Ausgleichsflächen in der Gemeinde Eching nicht möglich. (Foto: Klaus Leidorf)



LBV-Kreisgruppenvorsitzender Christian Brummer hat mit weiteren LBV-Mitgliedern eine Studie über den Zustand von Ausgleichsflächen in fünf Gemeinden erstellt. (Foto: Löw)

Von Sandra Löw

„Flächenfraß“ und „Artensterben“ sind zwei Schlagworte, die oft in einem Atemzug genannt werden. Dabei ist es gesetzlich geregelt, dass für neue Bau- oder Gewerbegebiete so genannte ökologische Ausgleichsflächen geschaffen werden müssen. Mit der Umsetzung dieser Vorgabe ist es allerdings bayernweit schlecht bestellt, so dass sich sogar der Landtag im März mit dem Thema befasst hat. Die Kreisgruppe des Landesbundes für Vogelschutz (LBV) hat im Sommer 2017 ein Projekt gestartet, bei dem Ausgleichsflächen im Landkreis Landshut unter die Lupe genommen wurden. Die Ergebnisse sind ernüchternd.

Für das Projekt hat das neunköpfige LBV-Team beispielhaft in den Gemeinden Altdorf, Tiefenbach, Bruckberg, Kumhausen und Ergolding über 100 Ausgleichsflächen begutachtet und mittels eines eigens dafür entwickelten Bewertungsschemas überprüft. „Knapp 20 Prozent der Flächen konnten wir mit ‚gut‘ bewerten, jeweils 40 Prozent mit ‚akzeptabel‘ beziehungsweise ‚schlecht‘“, zieht der LBV-Kreisgruppenvorsitzende Christian Brummer ein unbefriedigendes Fazit.

Dass Ausgleichsflächen offensichtlich zu wenig Bedeutung beigegeben wird, zeigt schon die mangelhafte Datengrundlage. „Obwohl die Eingriffsträger, egal, ob Gemeinde, Landkreis oder Behörde, gesetzlich verpflichtet sind, die Ausgleichsflächen dem Landesamt für Umwelt für das Ökoflächenkataster zu melden, geschieht dies viel zu selten“, bemängelt Christian Brummer.

So hatten seine Kollegen und er bei ihrer Recherche erhebliche Probleme, herauszufinden, wo und wie viele Ausgleichsflächen es in den untersuchten Gemeinden überhaupt gibt. „Das macht Kontrollen über den Zustand der Ökoflächen natürlich schwierig“, stellt der LBV-Kreisgruppenvorsitzende fest.

Wegen des offensichtlichen Baubooms entlang der B11 im Gewerbegebiet Weixerau hätten Brummer und seine Kollegen gerne auch die Ausgleichsflächen in der Gemeinde Eching untersucht. Doch im Ökoflächenkataster seien sie lediglich auf nur sehr wenige, zumeist ältere Einträge gestoßen. „Weil das Bauamt aktuell überlastet ist, haben wir noch nicht alle Flächen gemeldet; aber wir sind dabei“, versichert Bürgermeister Andreas Held.

Einen großen Schritt weiter ist die Marktgemeinde Ergolding: Auf

der Homepage kann sich jeder über die 2016 ausgewiesenen Ausgleichsflächen detailliert informieren. Dies soll auch weitergeführt werden. „Wir haben festgestellt, dass einige, insbesondere ältere Ausgleichsflächen nicht so angelegt sind, wie im Bebauungsplan vorgeschrieben, und haben hier nachgebessert, um die Flächen aufzuwerten“, erklärt Bürgermeister Andreas Strauß. Dies sei angesichts des hohen Flächenverbrauchs dringend notwendig. Klimaschutzmanager Thomas Leineweber ist momentan unter anderem damit beschäftigt, zu recherchieren, welche Ausgleichsflächen dem Landesamt für Umwelt noch nicht gemeldet wurden, um dies umgehend nachzuholen.

In jeder der fünf untersuchten Kommunen haben die Naturschützer positive und negative Beispiele gefunden (siehe eigenen Bericht). Bei Gesprächen mit den jeweiligen Bürgermeistern oder Bauamtsleitern hat sich laut Brummer herausgestellt, dass diese sich des Problems durchaus bewusst sind – im Gegensatz zu manchem Bürger. „Hin und wieder werden wir darauf aufmerksam gemacht, dass mal wieder gemäht gehört“, bestätigt Birgit Gatz, Bürgermeisterin der Gemeinde Tiefenbach. Wenn man den Leuten dann aber erkläre, dass

es sich um eine Ökofläche handle, würden die meisten das wildwuchernde Gras akzeptieren. So weit sie informiert sei, kommen ihre Mitarbeiter auch der gesetzlichen Meldepflicht nach.

Das Thema Ausgleichsflächen steht in Kürze auch auf der Tagesordnung des Umweltausschusses des Kreistags. „Wir würden uns wünschen, dass, wie bereits in anderen Landkreisen oder der Stadt Landshut geschehen, der Landkreis Landshut eine digitale Erfassung aller im Landkreis vorhandenen Ausgleichsflächen in Angriff nimmt“, sagt Christian Brummer. Dem ökologischen Gedanken widerspreche außerdem komplett der Einsatz von Mulchmähern auf diesen Flächen. „Diese töten und verstümmeln einen Großteil der dort lebenden Insekten, Reptilien und Amphibien. Außerdem können sich keine artenreichen Pflanzengesellschaften entwickeln, wenn das Mulchsubstrat auf diesen Flächen liegen bleibt“, fordert er ein Verbot dieser Mähmethode. Erst, wenn die ökologischen Standards für alle Ausgleichsflächen eingehalten würden, würden diese ihrem Namen auch gerecht werden – und die dafür zum Teil aufgewendeten Steuergelder tatsächlich einen Beitrag zum Natur- und Artenschutz leisten.